

Fragen

für die Fragestunde der 221. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 20. Februar 2013

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Barthel, Klaus (SPD)	13	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 5
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 62	Lenkert, Ralph (DIE LINKE.)	2, 3
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	43	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	20, 65
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.)	49, 50	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	17, 18
Cramon-Taubadel, Viola von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14	Dr. Ott, Hermann E. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	63, 64
Dörmann, Martin (SPD)	26, 27	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	22, 23
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 52	Reichenbach, Gerold (SPD)	32, 33
Egloff, Ingo (SPD)	10, 11	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60, 61
Ehrmann, Siegmund (SPD)	24, 25	Dr. Schwanholz, Martin (SPD)	21
Gloser, Günter (SPD)	19	Schwarzlühr-Sutter, Rita (SPD)	7
Hempelmann, Rolf (SPD)	12	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	55, 56
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 47
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	39, 40	Tack, Kerstin (SPD)	34, 35
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 58	Tiefensee, Wolfgang (SPD)	8, 9
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	6, 29	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	41, 42
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	28	Wagner, Daniela (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 48	Wicklein, Andrea (SPD)	1, 38
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 59	Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53, 54
		Zypries, Brigitte (SPD)	30, 31

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	18

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordnete
**Andrea
Wicklein**
(SPD) Wie und bis wann plant die Bundesregierung, die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP für den Bürokratieabbau angestrebte Reduzierung des messbaren Erfüllungsaufwands um 25 Prozent zu erreichen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

2. Abgeordneter
**Ralph
Lenkert**
(DIE LINKE.) Warum wird die Konzessionsrichtlinie der Europäischen Union (EU) im Trilogverfahren behandelt?
3. Abgeordneter
**Ralph
Lenkert**
(DIE LINKE.) Werden die Vertreter der Bundesregierung in Rat und Kommission der EU dem vorliegenden Entwurf der Konzessionsrichtlinie zustimmen, der eine Privatisierung der kommunalen Wasserwirtschaft in Deutschland ermöglicht?
4. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wann wird das eigentlich für „Ende Dezember 2012“ (siehe die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/10984) angekündigte Kurzgutachten bei der Prognos AG zur Ermittlung der Daten- und Informationsgrundlagen zur Entwicklung eines Konzepts für die nationale Umsetzung von Artikel 7 der EU-Energieeffizienzrichtlinie veröffentlicht, und zu welchen (Zwischen-)Ergebnissen ist das Gutachten bisher gekommen?
5. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie sieht der weitere Zeitplan für gesetzliche Regelungen bei der Förderung von unkonventionellem Erdgas (Fracking) vor dem Hintergrund aus, dass „noch in dieser Wahlperiode“ klare gesetzliche Regeln von Seiten der Bundesregierung geschaffen werden sollen (siehe DER SPIEGEL, Heft 7/2013), und welche angeforderten konkreten Regelungsvorschläge (bitte einzeln aufschlüsseln) haben die Bundesministerien bisher eingebracht?

6. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwiefern hat sich die Bundesregierung auf EU-Ebene dafür eingesetzt, die Privatisierung der Trinkwasserversorgung zu verbieten, und sieht sie die in den Richtlinienvorschlägen der EU-Kommission zur öffentlichen Auftragsvergabe (KOM(2011) 895 endg. und KOM(2011) 896 endg.) vorgesehene Möglichkeit zur Privatisierung der Trinkwasserversorgung in Widerspruch zur Resolution 64/292 der UNO-Vollversammlung vom 28. Juli 2010, die den Zugang zu sauberem Trinkwasser zu einem Menschenrecht erklärt hat (bitte begründen)?
7. Abgeordnete
Rita Schwarzelühr-Sutter
(SPD)
- Wie möchte das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Aussagen aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP umsetzen, wonach 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straßen gebracht werden sollen und Deutschland zum Leitmarkt für Elektromobilität wird, angesichts des aktuellen Bestandes von rund 69 000 Hybrid- und 7 500 reinen Elektroautos bei 43 Millionen Pkw?
8. Abgeordneter
Wolfgang Tiefensee
(SPD)
- Wie stimmt die Aussage im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, die KfW Bankengruppe mit ihren Kernaufgaben als Mittelstandsbank zu stärken, mit der angestrebten Gewinnausschüttung überein, wie sie auch im Jahreswirtschaftsbericht thematisiert wird?
9. Abgeordneter
Wolfgang Tiefensee
(SPD)
- Wie passt die aktuelle Kürzung der Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ mit der Aussage im Koalitionsvertrag zusammen, die Förderung auf dem Niveau von 2008 zu belassen?
10. Abgeordneter
Ingo Eglhoff
(SPD)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung angesichts der aktuellen Probleme der Schiffsfinanzierung, Werftenauslastung und Entwicklung der Offshore-Industrie in Deutschland vor dem Hintergrund der Aussage im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, die Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft in Deutschland stärken zu wollen?

-
11. Abgeordneter
Ingo Egloff
(SPD) Was tut die Bundesregierung, um ihrer Aussage im Koalitionsvertrag gerecht zu werden, eine flächendeckende Breitbandversorgung zu erreichen, und welche Bandbreite wird derzeit für jeden Haushalt mindestens erreicht?
12. Abgeordneter
Rolf Hempelmann
(SPD) Was unternimmt die Bundesregierung aktuell, um ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag einzuhalten, die Doha-Welthandelsrunde zügig abzuschließen?
13. Abgeordneter
Klaus Barthel
(SPD) Wie passt die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP festgeschriebene Aussage einer „verantwortungsbewussten Genehmigungspolitik für die Ausfuhr von Rüstungsgütern“ zu Berichten über die Lieferung von Leopard-II-Panzern in kritische Regionen oder aktuell Patrouillenbooten nach Saudi-Arabien?
14. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über jüngst bekannt gewordene Planungen Großbritanniens (vgl. THE TIMES vom 8. Februar 2013), im Rahmen des ISAF-Abzugs aus Afghanistan und als Gegenleistung für die Bereitstellung von Transitmöglichkeiten Rüstungsgüter an Usbekistan zu verkaufen, und werden Fragen von Verkauf oder Überlassung von Rüstungsgütern im Rahmen des ISAF-Abzugs unter den NATO-Staaten bzw. den EU-Mitgliedstaaten, die an den Gemeinsamen Standpunkt der EU zu Rüstungsexporten gebunden sind, besprochen?
15. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie viele und welche Arten von Schusswaffen, die in den USA von Privatpersonen erworben werden können, sind in den vergangenen zehn Jahren von Deutschland aus in die USA exportiert worden?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

16. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher aktuellen Phase/welchem Verfahrensstand befinden sich nach Kenntnis der Bundesregierung die in Europa laufenden Programme, Strategien und Neubauvorhaben, die Atomkraft betreffen – wie beispielsweise das polnische Atomprogramm, die belgische und tschechische Energiestrategie und die Vorhaben Hinkley Point und Temelin 3 und 4 – (der Vollständigkeit halber wird gebeten, nicht auf andere Bundestagsdrucksachen zu verweisen), und für wann erwartet die Bundesregierung jeweils den Abschluss dieser aktuellen Phasen/Verfahrensabschnitte (falls unklar, bitte geschätzte oder umschreibende Angabe machen)?
17. Abgeordneter
**Dr. Rolf
Mützenich**
(SPD)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien ein, und welche Rolle spielt nach Kenntnis der Bundesregierung Saudi-Arabien bei der materiellen Unterstützung von gewaltbereiten (oder extremistischen) islamischen Gruppierungen?
18. Abgeordneter
**Dr. Rolf
Mützenich**
(SPD)
- Entspricht es der Haltung der Bundesregierung, dass „die Frage einer Flugverbotszone“ (in Syrien) „sich zum jetzigen Zeitpunkt“ nicht stellt, oder steht die Bundesregierung zu ihrer gegenüber dem Deutschen Bundestag ausdrücklich gemachten Zusage, dass der Patriot-Einsatz „nicht der Einrichtung oder Überwachung einer Flugverbotszone über syrischem Territorium“ dient?
19. Abgeordneter
**Günter
Gloser**
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Kenntnisse über die Anzahl islamistischer Kämpfer in Syrien vor, und falls ja, wie groß schätzt sie den Anteil dieser islamistischen Kämpfer unter allen bewaffneten Oppositionellen im Land ein?
20. Abgeordneter
**Niema
Movassat**
(DIE LINKE.)
- Hat der deutsche Botschafter in Namibia Onno Hückmann seine in der namibischen Politik und Öffentlichkeit viel kritisierten öffentlichen Worte gegenüber dem Premierminister Hage Geingob, dass „die ständige Erwähnung von Reparationen die florierenden bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern trüben“ könnte (siehe WINDHOEK OBSERVER, 8. Februar 2013 sowie The Namibian und Allgemeine Zeitung, 12. Februar 2013), in Ab-

sprache mit der Bundesregierung ausgesprochen, und wie steht die Bundesregierung zu der Kritik, dass derartige Äußerungen gegenüber dem Premierminister Namibias sehr unsensibel und den Beziehungen zwischen Deutschland und Namibia höchst abträglich sind und als ein koloniales Verhalten der Einmischung in Angelegenheiten eines souveränen Staates empfunden werden, in dem erfreulicherweise Meinungsfreiheit herrscht?

21. Abgeordneter
Dr. Martin Schwanzholz
(SPD)
- Hat die Bundesregierung aus ihrer Sicht bei den Verhandlungen zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP formulierten Ziele, also Priorisierung transeuropäischer Netze, grenzüberschreitender Bildung, Justiz- und Polizeizusammenarbeit, erreichen können, und wenn nein, warum nicht?
22. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Stimmt die Bundesregierung zu, dass sie das am 21. Juni 2012 mit den Oppositionsfraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vereinbarte Ziel, den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014–2020 dafür einzusetzen, dass der EU-Haushalt auf wachstums- und beschäftigungsfördernde Investitionen ausgerichtet wird und es nicht zu Kürzungen zu Lasten von Investitionen in den Struktur- und Kohäsionsfonds kommt, beim Kompromiss des Europäischen Rates vom 8. Februar 2013 verfehlt hat?
23. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird Griechenland auf der Grundlage des Kompromisses des Europäischen Rates vom 8. Februar 2013 voraussichtlich mehr als in den Jahren 2014 bis 2020 in den EU-Haushalt einzahlen müssen (eventuell durch neue Rabatte für andere Mitgliedstaaten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

24. Abgeordneter
Siegfried Ehrmann
(SPD)
- Ist der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien der Auffassung, dass die Kostenpflichtigkeit von Presseanfragen (als Konsequenz aus der Anwendung des Informationsfreiheitsgesetzes) mit der Pressefreiheit vereinbar ist, und denkt die Bundesregierung, dass die Behandlung von Presseanfra-

gen nach den Fristen und Ausnahmetatbeständen des Informationsfreiheitsgesetzes zur Sicherstellung der Erfüllung der öffentlichen Aufgabe der Presse ausreichend ist?

25. Abgeordneter
Siegmund Ehrmann
(SPD)
- Wie bewertet es der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, dass die Bundesbehörden und -ministerien bisher (und bis heute) Presseanfragen auf der Grundlage der landesrechtlichen Auskunftsansprüche der Presse (z. B. § 4 des Landespressegesetzes Berlin) beantwortet haben, oder vertritt der Beauftragte die Auffassung, dass diese Auskünfte allein auf freiwilliger Basis erfolgten und erfolgen?
26. Abgeordneter
Martin Dörmann
(SPD)
- Welche Maßnahmen oder Initiativen wird der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien – vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Bundesregierung offensichtlich zu der Rechtsauffassung gelangt ist, dass Bundesbehörden weder auf der Grundlage der Landespressegesetze noch aus Artikel 5 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG) zur Erteilung von Auskünften verpflichtet werden können (entsprechend der Stellungnahme des Vertreters des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht) – ergreifen, um den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE 20, 162 – Spiegel) Rechnung zu tragen, denen zufolge das Institut der freien Presse den Staat verpflichtet, in seiner Rechtsordnung dem Postulat der Pressefreiheit Rechnung zu tragen und Auskunftspflichten der öffentlichen Behörden als prinzipielle Folgerungen aus Artikel 5 Absatz 1 GG zu schaffen, und inwieweit war der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien an der Abstimmung dieser offensichtlich neuen Rechtsauffassung beteiligt?
27. Abgeordneter
Martin Dörmann
(SPD)
- Wann sind der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und die Bundesregierung zu der Rechtsauffassung gelangt, dass Journalisten rechtliche Ansprüche auf Auskunft nur nach dem Informationsfreiheitsgesetz vom 1. Januar 2006 zustehen (vgl. die Antworten der Bundesregierung auf die Schriftlichen Fragen 29 bis 32 des Abgeordneten Lars Klingbeil auf Bundestagsdrucksache 17/12304), und wann will die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen, um die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE 20, 162 – Spiegel) zu erfüllen, wonach Auskunftspflichten der öffentlichen Behörden als prinzipielle Folgerungen aus Artikel 5 Absatz 1 GG gesetzlich zu schaffen sind?

28. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu Kontakten zwischen der rechtsnationalistischen ukrainischen Partei Swoboda und rechtsextremistischen Gruppierungen in Deutschland und anderen Ländern der Europäischen Union, und inwiefern hat nach Kenntnis der Bundesregierung die Swoboda-Fraktion im neugewählten ukrainischen Parlament bereits rechtsextremistische Tendenzen erkennen lassen?
29. Abgeordneter
**Andrej
Hunko**
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis der EU-Studie zum Europäischen Kriminalaktennachweissystem (EPRIS), die die Umsetzung eines Fundstellennachweises bestimmter polizeilicher Daten zum beschleunigten Datenaustausch unter Polizeien der EU-Mitgliedstaaten unter anderem zu politischem Aktivismus anlässlich von Gipfelprotesten, dessen Notwendigkeit auf EU-Ebene die Bundesregierung besonders stark betont hatte (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu Frage 9 auf Bundestagsdrucksache 17/5136), untersuchte, und für welche anderen Lösungen zur Bereitstellung der angemahnten Funktionalität, etwa unter Nutzung bestehender Systeme (Artikel 99 des Schengener Durchführungsübereinkommens im Schengener Informationssystem, Europol Informationssystem, Prümer Beschlüsse), will sich die Bundesregierung einsetzen bzw. welche hält sie überhaupt für geeignet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

30. Abgeordnete
**Brigitte
Zypries**
(SPD)
- Wie bewertet der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) die Einschätzung des Bundesministeriums der Justiz, der zufolge der Entwurf eines Gesetzes gegen unseriöse Geschäftspraktiken mit den Änderungswünschen des Beauftragten für Kultur und Medien „die Abmahnanwälte so kaum noch schrecken“ werde, und teilt er die Einschätzung, dass – sollten diese Änderungsvorschläge aufgenommen werden – das Gesetz keinen wirksamen Beitrag gegen unseriöse Geschäftspraktiken und gegen den Abmahnmissbrauch leisten kann?

31. Abgeordnete
Brigitte Zypries
(SPD)
- Teilt der BKM die Position, die von der Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen, dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels, dem BIU, dem Bundesverband Musikindustrie, der SPIO, dem VPRT und der VUT vertreten wird (vgl. hierzu <http://m.heise.de/newsticker/meldung/Abmahnunwesen-Kulturindustrie-gegen-gelbschwarzen-Kompromiss-1802478.html?from-classic=1>), dass der Vorschlag der Koalitionsfraktionen zu einer weiteren Bagatellisierung von Rechtsverletzungen im Internet führen würde, und vertritt der BKM auch die Auffassung, dass hierzu das von den Verbänden geforderte Warnhinweismodell, welches das Bundesjustizministerium kategorisch abgeblockt habe, eine sinnvolle und rechtlich vertretbare Alternative wäre?
32. Abgeordneter
Gerold Reichenbach
(SPD)
- Ist der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien der Auffassung, dass er hinreichend an der Ressortabstimmung des Gesetzentwurfs gegen unseriöse Geschäftspraktiken beteiligt wurde und dass seine Bedenken und Änderungswünsche im Rahmen der Ressortabstimmung hinreichend berücksichtigt worden sind?
33. Abgeordneter
Gerold Reichenbach
(SPD)
- Warum hat der BKM erst einen Tag vor der Kabinettsbeschluss auf die Absetzung von der Tagesordnung gedrängt, und wie will der BKM sicherstellen, dass der vorgesehene Abmahndeckel nur in den Fällen greift, in denen der Abgemahnte zum ersten Mal auf Unterlassung verpflichtet werden soll?
34. Abgeordnete
Kerstin Tack
(SPD)
- Teilt der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien die – laut Medienberichten – von Seiten der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP geäußerte Sorge, dass mit der zeitlichen Verzögerung beim Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken das erklärte Ziel der Bundesregierung, die missbräuchlichen Abmahnungen wirksam zu begrenzen, nicht mehr erreicht werden kann und dass er damit den Verbraucherinnen und Verbrauchern, die zu Unrecht abgemahnt und mit überhöhten Gebühren überzogen werden, einen Bärendienst erwiesen hat?

35. Abgeordnete
Kerstin Tack
(SPD)
- Teilt der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien die Einschätzung, dass er ohne Not einen Kompromiss zwischen den Koalitionsfraktionen „ausgehebelt“ hat, der zwar insgesamt als nicht weitgehend genug anzusehen ist, um dem Abmahnmissbrauch wirksam zu begegnen, der aber als ein wichtiger erster Schritt zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher angesehen werden kann, und wie erklärt er diesen, dass die Bundesregierung – wie in allen anderen Fragen bei der Modernisierung des Urheberrechtes – weiterhin untätig bleibt?
36. Abgeordnete
Daniela Wagner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum wurden die mietrechtlichen Forderungen, die Modernisierungsumlage nach § 559 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) zeitlich zu begrenzen sowie den Zeitraum zur Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete nach § 558 Absatz 2 Satz 1 BGB auf zehn Jahre zu verlängern nicht bei der abgeschlossenen Mietrechtsnovelle berücksichtigt bzw. eingebracht?
37. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gehört zu den Schlussfolgerungen der Bundesregierung aus der Verurteilung der ehemaligen Führungsmitglieder der deutschen Sektensiedlung „Colonia Dignidad“ Gerhard Mücke, Gunter Schaffrik, Gerd Seewald, Dennys Alvear, Kurt Schnellenkamp durch den Obersten Gerichtshof von Chile am 25. Januar 2013 zu langjährigen Haftstrafen wegen systematischem sexuellen Missbrauchs in der „Colonia Dignidad“, insbesondere aus der Verurteilung des ehemaligen Arztes der „Colonia Dignidad“, Harmut Hopp, gegen den in Abwesenheit eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren verhängt wurde, der aber bereits 2011 vor der chilenischen Justiz nach Deutschland geflohen war, das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Krefeld gegen Hartmut Hopp zu unterstützen – etwa durch diplomatische Bemühungen, rasch die Akten aus Chile zu erhalten, und gehört zu diesen Schlussfolgerungen auch, den Opfern der Straftaten eine angemessene Entschädigung zu leisten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

38. Abgeordnete
Andrea Wicklein
(SPD) Plant die Bundesregierung die Einführung der im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP angekündigten steuerlichen Forschungsförderung noch in dieser Legislatur?
39. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.) Wie ist die erfolgte unecht rückwirkende Anhebung des Grundfreibetrags im Rahmen von bereits festgesetzten Einkommensteuervorauszahlungen zu berücksichtigen, und besteht hinsichtlich der Reduzierung von bisher festgesetzten Einkommensteuervorauszahlungen infolge der Tarifänderung ein Ermessensspielraum seitens der Finanzbehörden?
40. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.) Mit welchen zusätzlichen jährlichen Bürokratiekosten für die Verwaltung bzw. Wirtschaft rechnet die Bundesregierung bei Anwendung der R 6.3 Absatz 1 der Einkommensteuer-Änderungsrichtlinien (EStÄR) 2012, wonach angemessene Kosten der allgemeinen Verwaltung, angemessene Aufwendungen für soziale Einrichtungen des Betriebs, für freiwillige soziale Leistungen und für die betriebliche Altersversorgung zwingend in die steuerlichen Herstellungskosten einzufließen haben, und welche Haltung vertritt die Bundesregierung gegenüber dem Änderungsvorschlag des Bundesrates gemäß dem Beschluss 681/12 hinsichtlich der R 5.7 Absatz 1 EStÄR 2012 im Bezug auf die steuerliche Bewertung nach Rückstellungen?
41. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.) Welche Haltung vertritt die Bundesregierung zu der Absichtserklärung einiger Bundesländer, gegen das aktuelle System des Länderfinanzausgleichs zu klagen, und sieht die Bundesregierung negative Leistungsanreize in dem aktuellen System des Länderfinanzausgleichs?
42. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Drittländer, die die Mindeststandards für verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich gemäß dem OECD-Standard nicht einhalten, und welche konkreten Mindestanforderungen sind dies?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

43. Abgeordnete
**Veronika
Bellmann**
(CDU/CSU)
- Inwiefern sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, den Selbsterhalt anzupassen, wenn ein Empfänger von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch eine dreijährige schulische Ausbildung absolviert, bei der das dritte Ausbildungsjahr selbstfinanziert werden muss, da der Bildungsgutschein nur für zwei Jahre ausgelegt ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

44. Abgeordnete
**Cornelia
Behm**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie soll die im Rahmen der Eiweißpflanzenstrategie geplante Forschung zur Verringerung der Wettbewerbsnachteile heimischer Eiweißpflanzen finanziert werden, ohne dabei Vorhaben im Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen der nachhaltigen Landwirtschaft (zum Beispiel Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Bereich Tierwohl, Stärkung der Innovationskraft der Akteure im Ökolandbau, Qualifizierungsmaßnahmen für Ernährungshandwerk und -wirtschaft) zu beschneiden, und welcher zeitliche Rahmen ist für die Ausgaben der Eiweißpflanzenstrategie vorgesehen?
45. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung als Konsequenz aus dem aktuellen Pferdefleischskandal weitergehende Deklarationspflichten für Zutaten in Fertigprodukten, und wenn nein, warum nicht?
46. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im aktuellen Lebensmittelskandal Produkte vernichtet, und wie groß ist der entstandene wirtschaftliche Schaden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

47. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus Medienberichten (The New York Times, 13. Januar 2013 u. a.), wonach drei der vier bis 2012 von den USA ausgebildeten malischen Kampfeinheiten im Norden Malis 2012 mit Waffen, Fahrzeugen nebst 1 600 weiteren Soldaten zu den Islamisten desertierten, sowie aus der langjährigen offenbar fehlgeleiteten US-Militärausbildung des malischen Putschistenführers Amadou Sanogo (taz. die tageszeitung, 5. April 2012) hinsichtlich der Erfolgsaussichten eigener Pläne, Bundeswehr und andere EU-Staaten sollten nun malische Soldaten erfolgreich ausbilden, und welche Konsequenzen für die Auswahl der auszubildenden malischen Regierungssoldaten aus Meldungen (FAZ, 9., 12. Februar 2013, Süddeutsche Zeitung, 11. Februar 2013), wonach derzeit u. a. in einem Militärlager der Regierungsarmee nahe der Hauptstadt Bamako Anhänger des gestürzten Präsidenten in der Armee andere Regierungssoldaten beschießen, die gemeutert, die frühere Regierung gestürzt und die jetzige Regierung an die Macht geputscht hatten?
48. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ab wann werden die afghanischen Streitkräfte nach Einschätzung der Bundesregierung über eine funktionsfähige Luftwaffe verfügen, und wie lange werden die afghanischen Streitkräfte in diesem Bereich noch auf die Unterstützung dritter Staaten angewiesen sein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

49. Abgeordnete
Dr. Martina Bunge
(DIE LINKE.)
- Ist der Bundesregierung der Zwischenbericht „Prozessevaluation und vorläufige Resultate“ der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften bekannt, in dem ein Modellprojekt der Krankenkasse „BIG“ untersucht wurde, bei dem es Physiotherapeuten erlaubt wurde, von der Verordnung des behandelnden Arztes abzuweichen, was nach der Untersuchung zu einer Verbesserung der Versorgung geführt hat, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

50. Abgeordnete
Dr. Martina Bunge
(DIE LINKE.)
- Welche wissenschaftliche Evidenz belegt, dass es für Patientinnen und Patienten sinnvoll ist, dass die Verschreibung von Heilmitteln sowohl bezüglich der Menge als auch bezüglich der durchzuführenden Maßnahmen durch den Arzt statt durch den Heilmittelerbringer erfolgt, und warum wird daran festgehalten, falls dafür keine Evidenz vorliegen sollte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

51. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, aus der Kostenexplosion des Bahnhofprojekts Stuttgart 21 in Milliardenhöhe und den darin deutlich werdenden Planungsmängeln des Projekts, nachdem sie in ihrer Rede am 15. September 2010 in der Debatte zum Bundeshaushalt 2011 in diesem Bauvorhaben noch einen Beweis für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands gesehen hat, und sieht die Bundeskanzlerin dieses Projekt mit dem heutigen Kenntnisstand noch immer als wirtschaftlich und notwendig an?
52. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, in Wahrnehmung ihrer Richtlinienkompetenz das Bahnhofprojekt Stuttgart 21 und die bekannt gewordene Kostenexplosion zur Chefsache machen und die zuständigen Bundesminister Dr. Peter Ramsauer und Dr. Wolfgang Schäuble anweisen, für maximale Transparenz zu sorgen und eine unabhängige Prüfung des Zahlenwerks vornehmen zu lassen?
53. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern nutzt der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, Dossiers bzw. Sprechzettel der untersten Ebene seines Hauses für seine Arbeit, wie sie der Bundesminister in einem Interview mit dem ZDF am 5. Februar 2013 im Zusammenhang mit dem Projekt Stuttgart 21 und einer Stellungnahme der Bundesministeriumsabteilung LA 17 erwähnt, und aus welchen Gründen hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bisher keine Sonderkommission „Stuttgart 21“ analog zur Sonderkommission „BER“ zum neuen Berliner Flughafen eingerichtet?

54. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen sind bisher im Jahr 2013 keine Zuwendungen für Projekte im Rahmen der Schaufenster Elektromobilität erteilt worden, und wann werden die Mittel ihre Wirkung entfalten können?
55. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Wie viele Fernbuslinien gibt es mit Stand 1. Februar 2013 in Deutschland, und welche dieser Fernbuslinien bieten auch Rollstuhlfahrern die Möglichkeit der Mitreise an (bitte Anbieter und Strecke nennen)?
56. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- In welcher Weise begleitet und unterstützt die Bundesregierung die Schaffung von Barrierefreiheit im nationalen sowie im grenzüberschreitenden Fernbuslinienverkehr?
57. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Rolle spielt für die Bundesregierung die Festsetzung von Standards zu Barrierefreiheit für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes, und warum findet die Barrierefreiheit im Grundkonzept für den BVWP 2015 keine Erwähnung?
58. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Von welchen Ländern bzw. Institutionen liegen der Bundesregierung bereits Projektanmeldungen für den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015 in welchem Umfang vor?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

59. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann genau wurde die Bundesregierung über die aktuell in Europa laufenden, die Atomkraft betreffenden Programme, Strategien und Neubauvorhaben (solche wie in Frage 21 genannt) erstmals notifiziert, und bei welchen nimmt sie selbst keinen aktiven Part im Rahmen grenzüberschreitender Verfahrensbeteiligung wahr (unter aktivem Part wird einer wie der der Bundesregierung beim polnischen Atomprogramm verstanden)?

60. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass in Zukunft Brennelemente des Kernkraftwerks Baltiskaja per Schiff durch das Kattegatt transportiert werden, und kann die Bundesregierung ausschließen, dass Brennelemente des Kernkraftwerks Baltiskaja in Zukunft zur Wiederaufbereitung per Schiff ins englische Sellafield transportiert werden?
61. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass in Zukunft Brennelemente des Kernkraftwerks Baltiskaja per Schiff über deutsche Häfen transportiert werden, und kann die Bundesregierung ausschließen, dass Transporte per Schiff durch den Nord-Ostsee-Kanal stattfinden?
62. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit wird auf den Eisenerzeintrag aus den Alltagsbaukippen und den durch den Grundwasseranstieg wieder durchströmten Mooren in die Gewässer im Flusssystem der Spree und der Dahme mit einem veränderten Wassermanagement reagiert, und welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang das Wehr Große Tränke?
63. Abgeordneter
Dr. Hermann E. Ott
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es inzwischen eine abgestimmte Position der Bundesregierung zu den Vorschlägen der Europäischen Kommission zur Stützung des europäischen Emissionshandels, wie z. B. dem „Backloading“-Vorschlag, und wie genau sieht diese Position aus?
64. Abgeordneter
Dr. Hermann E. Ott
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen oder Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Appell von namhaften Unternehmen zur Stützung des europäischen Emissionshandels, der am 7. Februar 2013 unter dem Titel „Investitionssicherheit für ambitionierte EU-Klimaziele: den Emissionshandel reparieren“ (<http://germanwatch.org/de/6271>) vorgestellt wurde und in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, „Klimaschutz und Investitionssicherheit gemeinsam voranzubringen“, und wird sich der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie für das genannte Anliegen der Unternehmen einsetzen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung**

65. Abgeordneter
Niema
Movassat
(DIE LINKE.)
- Welche neuen Erkenntnisse und Ergebnisse der jüngsten Gespräche mit der ruandischen Außenministerin Louise Mushikiwabo haben die Bundesregierung veranlasst, die seit Sommer 2012 eingefrorenen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit mit Ruanda in Höhe von 7 Mio. Euro für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 wieder freizugeben, und heißt dieser Schritt, dass die Bundesregierung die UN-Berichte, die eine offene Beteiligung Ruandas am Konflikt im Osten der Demokratischen Republik Kongo anklagen und genau beschreiben, nun als fehlerhaft oder unglaubwürdig einstuft?

